



Mit Hintertüren

Am 1. Januar soll eine Novelle des deutschen Völkerstrafgesetzbuches in Kraft treten. Damit sei auch die Führung eines Angriffskrieges hierzulande umfassend unter Strafe gestellt. Das Gegenteil ist der Fall. Von Arnold Schölzel und Ekkehard Sieker

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · FREITAG, 25. NOVEMBER 2016 · NR. 276 · 1,50 EURO (DE), 1,70 EURO (AT), 2,20 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Unübersichtlich

Streik bei Eurowings: Gewerkschaften konkurrieren um tarifpolitische Vertretung der Beschäftigten

3

Schikanös

Spiel auf Zeit. Oberverwaltungsgericht verweigert Syrerin vollwertigen Asylstatus. Von Ulla Jelpke

4

Widerständig

Spanien: Jugendliche gehen gegen Kürzungen und Privatisierungen in der Bildung auf die Straße

6

Proletarisch

Arbeiterklasse, episch: Alle Geschichten von »Didi & Stulle« in drei neuen Sammelbänden

11



EU-Parlament fordert Stopp der Türkei-Gespräche



Strasbourg. Das Europaparlament hat am Donnerstag ein »vorläufiges Einfrieren« der EU-Beitrittsgespräche mit der Türkei gefordert. Die Europäische Kommission und die EU-Staaten dürften nicht weiterverhandeln, verlangten die Abgeordneten in einer Resolution. Begründet wird die Forderung mit den »unverhältnismäßigen Repressionen« seit dem gescheiterten Militärputsch vom 15. Juli in der Türkei. Ankara reagierte am Donnerstag auf die Forderung mit Ablehnung. »Im Grunde genommen halten wir diese Entscheidung für null und nichtig«, sagte EU-Minister Ömer Celik mit dem Hinweis, dass die verabschiedete Resolution rechtlich nicht verbindlich ist. Celik riet den Europaabgeordneten, sich in Sachen Demokratie ein Beispiel an der Türkei zu nehmen. (AFP/dpa/jw)

Verhaftet

Türkei: Staatsmacht wirft acht Mitglieder der linken Band Grup Yorum ins Gefängnis.

Von Michael Streitberg

11. Januar 2014: Auftritt von Grup Yorum auf der XIX. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz der jungen Welt in der Urania in Berlin

Vor der ausufernden Repression und dem Abbau demokratischer Rechte in der Türkei ist schon lange niemand mehr sicher. In der Nacht zum Donnerstag bewies die Staatsmacht einmal mehr, dass auch Künstler im Visier der »Säuberungsaktionen« von Präsident Recep Tayyip Erdogan stehen. Wie das linke Anwaltsbüro HHB über Twitter mitteilte, wurden acht Mitglieder der Band Grup Yorum im von dieser genutzten Idil-Kulturzentrum in Istanbul verhaftet.

bei den Festgenommenen handelt es sich um Ali Araci, Inan Altin, Selma Altin, Sultan Gökçek, Firat Kil, Dilan Poyraz, Helin Bölek und Abdullah Özgün. Bereits in der letzten Woche waren sie bei einer Razzia im Kulturzentrum vorübergehend festgenommen worden. In einer von der türkischen Nachrichtenagentur *Bianet* zitierten Stellungnahme erklärte der Anwalt der Gruppe, Aytac Ünsal, dass neben den Bandmitglie-

dem auch vier anwesende Arbeiter verhaftet worden seien. Die Polizei habe gesetzeswidrig gehandelt, da sie keinen Durchsuchungsbefehl habe vorweisen können.

Bei den während der Razzien von den Beamten sichergestellten »Beweisstücken« handelt es sich laut Aussagen des Anwalts um Gasmasken, Hämmer, Ausgaben des Kulturmagazins *Tavir* und der politischen Zeitschriften *Yürüyüş* und *Kurtuluş* sowie grüne Hemden und grüne Hosen. Bei den Zeitschriften handle es sich um legal erscheinende Publikationen, betonte Ünsal. Dem Nachrichtenportal *Turkishpress News* zufolge wirft die Staatsanwaltschaft Grup Yorum vor, Propaganda für die marxistisch-leninistische Organisation »Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front« (DHKP-C) zu betreiben.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1985 war die Band immer wieder Ziel von Repressionsmaßnahmen. Unzählige

Male wurden ihre Mitglieder ins Gefängnis geworfen, mussten Haftstrafen und Folter über sich ergehen lassen. Konzerte der Band wurden untersagt, Alben beschlagnahmt und verboten. Auch der deutsche Staat unterstützte seinen NATO-Partner Türkei in seinem Verfolgungseifer. Ein Konzert der Gruppe in Gladbeck im Juni dieses Jahres versuchten die Behörden mit Einreiseverboten und anderen Mitteln zu verhindern. Allerdings ohne Erfolg: In Deutschland lebende Mitglieder der Band konnten schließlich im Rahmen eines Festivals gegen Rassismus unter freiem Himmel spielen.

Türkische Medien, unter ihnen die linke Zeitung *Evensel*, berichteten am Donnerstag von einer Solidaritätsadresse der US-amerikanischen Liedermacherin Joan Baez, aus der sie ausführlich zitierten. Nach Aussage von Gruppenmitgliedern erklärte Baez: »Die Tatsache, dass ihr ins Gefängnis gesteckt wurdet, beweist,

dass eure Musik Menschen berührt und bewegt hat. Sie beweist, dass ihr zu dem gestanden habt, woran ihr glaubt.« Aus Solidarität mit den Opfern politischer Verfolgung in der Türkei hatte Baez bereits im Juli ihre geplanten Konzerte in der Türkei abgesagt.

2014 und 2016 waren Grup Yorum auch auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz der *jungen Welt* zu Gast gewesen. Auch in diesem Jahr konnten aufgrund von Einreiseverboten nur in Deutschland lebende Bandmitglieder anwesend sein. Diese begeisterten das Publikum unter anderem mit in mehreren Sprachen vorgetragenen Interpretationen von »Bandiera rossa« und »Bella Ciao«. Das Schicksal ihrer Verhaftung teilen sie nun mit Selahattin Demirtas, der als Referent auf der nächsten Konferenz am 14. Januar eingeplant ist. Auch der Kovorsitzende der linken und prokurdischen Oppositionspartei HDP sitzt seit Anfang November im Gefängnis.

Treffen der Scharfmacher

Bei EU-Ukraine-Gipfel soll auch über neue Sanktionen gegen Russland gesprochen werden

Am Donnerstag hat in Brüssel der EU-Ukraine-Gipfel stattgefunden. An dem Treffen nahmen neben dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko und dem EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz auch EU-Ratspräsident Donald Tusk und Kommissionschef Jean-Claude Juncker teil. Unter anderem sollte dabei über den Stand der Umsetzung des Minsker Friedensabkommens gesprochen werden. Genaue Ergebnisse standen bis *jW*-Redaktionsschluss noch nicht fest. Ziel des Regimes in Kiew ist es, die Ukraine enger an die EU zu

binden. Die Kosten dafür trägt die Bevölkerung, die zunehmend verarmt.

Der Dialog mit der Ukraine sei »sehr wichtig«, erklärte der Sozialdemokrat Schulz am Rande des Gipfels. Wenn es nach ihm ginge, stünde auch einer Visaliberalisierung für das osteuropäische Land nichts mehr im Weg. Doch das letzte Wort haben die EU-Mitgliedsstaaten. Schulz konnte es nicht lassen, erneut Moskau den Schwarzen Peter zuzuschieben: »Wir wissen nach wie vor alle, wie sensibel die Lage in der Ostukraine ist. Wir werden sicher hier auch über die Sank-

tionen gegen Russland diskutieren.«

Der russische Außenminister Sergej Lawrow bezweifelte indes am Donnerstag in Moskau, dass es bis zur nächsten Woche eine Einigung auf einen Lösungsplan zum Krieg im Donbass geben wird. Wenn sich aber seine Kollegen aus Deutschland, Frankreich und der Ukraine wie vorgeschlagen am 29. November in Minsk treffen wollten, sei auch er bereit, zu kommen. »Die Arbeit kommt nur mühsam voran«, sagte Lawrow der Agentur *Interfax* zufolge. »Es bleibt ein hohes Risiko, dass es nur ein Treffen um des Treffens willen wird.«

Der Linke-Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko forderte am Donnerstag eine grundlegende Neuausrichtung der EU-Ostpolitik: »Es sollten klare Signale hin zu einer Entspannungspolitik und Kooperation mit Russland gesetzt werden«, sagte der europapolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag. Die EU müsse Kiew zur Umsetzung der in Minsk vereinbarten Verfassungsreform drängen, notfalls gekoppelt an die Visaliberalisierung. Außerdem erklärte Hunko: »Aus der gescheiterten Sanktionslogik gegenüber Russland muss ausgestiegen werden.« (AFP/dpa/jw)

Martin Schulz (SPD) wechselt nach Berlin

Berlin/Brüssel. Der SPD-Politiker Martin Schulz gibt sein Amt als EU-Parlamentspräsident ab und wechselt in die Bundespolitik. In Berlin gab es am Donnerstag Hinweise, dass er Außenminister werden soll, da sich der gegenwärtige Amtsinhaber Frank-Walter Steinmeier um das Amt des Bundespräsidenten bewirbt.

In jedem Fall wird erwartet, dass Schulz den Wahlkampf 2017 mitprägt. Er selbst sagte, er werde auf Platz eins der SPD-Landesliste in Nordrhein-Westfalen für den Bundestag kandidieren. Bei der Suche nach einem SPD-Kanzlerkandidaten gilt Schulz als mögliche Alternative zum Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel. Die SPD will nach eigenen Angaben bei ihrem verkündeten Zeitplan bleiben und erst im Januar einen Kanzlerkandidaten küren. (dpa/jw)

■ Siehe Seite 8

jW wird herausgegeben von 1.941 Genossinnen und Genossen (Stand 23.11.2016)
 www.jungewelt.de/lpg

